

Protokoll über die Sitzung der Bezirksvertretung des 9. Bezirks

Datum / Uhrzeit: Mittwoch, 25. April 2018, 17.00 Uhr

Ort der Sitzung: 09., Währinger Straße 43/2. Stock - Festsaal

Anwesende:

BVⁱⁿ Malyar, BVⁱⁿ-Stv. Mag. Liebich, BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Kreutz, BR DI Kaizar, BRⁱⁿ Mag.^a Ahmad, BR Amhof, BRⁱⁿ Brabec-Khorramdel, BR Brenner, BR Mag. Doubek, BR Mag. Freytag, BRⁱⁿ Fuchs El., BRⁱⁿ Fuchs Er., BR Goldschmidt, BR Goll, BRⁱⁿ Grasl, BRⁱⁿ Kauf, BR Koberwein, BR Kofler, BR Dr. Koppe, BR Dr. Krüger, BR Linke, BRⁱⁿ Mag.^a Lugert, BR Mag. Maurer, BR Mag. Mayrhofer-Grünbühel, BRⁱⁿ Mengel, BRⁱⁿ Mag.^a Molitor-Ruckenbauer, BR Nagy MSc, BRⁱⁿ Niederseer MBA MSc, BRⁱⁿ O'Brien, BA, BRⁱⁿ MMag.^a Plachy-Locho, BR Raab, BRⁱⁿ Mag.^a Rammer, BR Schicker, BRⁱⁿ DIⁱⁿ Schmid, BRⁱⁿ Schmitz, BR Mag. Sidlo, BRⁱⁿ Zugerstorfer, BR MMag. Zwickelsdorfer

Entschuldigt:

BR KR Hornek, BR Mag. Prack, BRⁱⁿ Tasic

Damit war die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung gegeben.

Der Vorsitzende BR DI Kaizar hebt das Fotografier- und Filmverbot für die Dauer der Sitzung auf.

Die Sitzung wird per Live-Stream übertragen.

Gedenken an Herrn BR a.D. Hans Smejkal.

Tagesordnung

1. Bekanntmachungen der Vorsitzenden
2. Mitteilungen der Bezirksvorsteherin
3. Geschäftsstücke
4. Anfragen gemäß § 23 GO-BV
5. Resolutionen
6. Anträge gemäß § 24 GO-BV

1. Bekanntmachungen des Vorsitzenden

1.1. Begrüßung der Anwesenden

1.2. Zur heutigen Sitzung wurden fristgerecht 6 Anfragen, 9 Resolutionen und 11 Anträge eingebracht. Davon waren ursprünglich 8 Resolutionen unzulässig. In der Zwischenzeit haben die Fraktionen geringe Änderungen vorgenommen. Somit gelangen 7 Resolutionen und 11 Anträge zur Behandlung.

Wortmeldung: BR Amhof (FPÖ, zur GO)

Zusätzlich wurde nach der von der GO-BV vorgegebenen Abgabefrist 1 Antrag von den Grünen eingebracht, über dessen Behandlung daher abgestimmt werden muss.

1.3. Beantwortete Anfragen aus der letzten Sitzung:

BV09 - S 162006/2018: Verhandlungen zu leistbarem Wohnen und zum Schulstandort am Althangrund

BV09 - S 153168/2018: Gewalt an Alsergrunder Schulen

BV09 - S 153177/2018: Neue Zugverbindung zwischen Wien und Prag

BV09 - S 153520/2018: Ampelanlage Thurngasse – Liechtensteinstraße

Name des Debattenredners: BR Amhof (FPÖ)

2. Mitteilungen der Bezirksvorsteherin

Die Bezirksvorsteherin teilt innerhalb des Berichtszeitraumes 22.02.2018 bis 25.04.2018 folgendes mit:

- Begrüßung: Frau Mag.^a Astrid Seitinger (neue Leiterin des MBA 9/17 und des MBA 9/17 – Expositur Alsergrund)

- U6-Station Nußdorfer Straße – Generalsanierung ab April

- Liechtensteinstraße 28

- Der Klub der Grünen MandatarInnen am Alsergrund gibt per 1. März 2018 folgendes bekannt:

Frau Mag.^a Josefa Molitor-Ruckenbauer ist nunmehr Klubvorsitzende.

Herr Mag. Stefan Freytag ist nunmehr stellvertretender Klubvorsitzender.

Für den Inhalt ist die Bezirksvorstehung 9 verantwortlich.



- Änderungen in den Kommissionen bei den Grünen Alsergrund per 01. April 2018 :

Kultur- und Wissenschaftskommission:

BR Mag. Norbert Doubek → Mitglied (statt bisher Ersatzmitglied)

BR Mag. Stefan Freytag → Ersatzmitglied (statt bisher Mitglied)

Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission

BR Mag. Norbert Doubek gibt seinen stv. Vorsitz ab und scheidet aus der Kommission aus.

BR Mag. Stefan Freytag → neues Mitglied

BR Dr. Peter Koppe → neuer stv. Vorsitzender (wurde in der Sitzung der Verkehrs- und Bezirksentwicklungskommission am 24.04.2018 einstimmig gewählt)

Über die Mitteilungen der Bezirksvorsteherin wird eine Debatte begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Amhof (FPÖ), BVⁱⁿ Malyar (SPÖ)

3. Geschäftsstücke

3.1. BV09 - A 72096/2016/49 – MA 5: Bezirksrechnungsabschluss 2017

Berichterstatter: BVⁱⁿ-Stv. Mag. Liebich

Über das Geschäftsstück wird eine Debatte begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Kofler (Grüne), BR Sidlo (FPÖ), BRⁱⁿ Schmitz (ÖVP), BR Nagy (NEOS)

Beschluss:

Der Bezirksrechnungsabschluss 2017 wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP und NEOS angenommen.

4. Anfragen gemäß § 23 GO-BV

4.1. Anfragen, die in diese Sitzung eingebracht wurden:

4.1.1. S 356178/2018 – Grüne: Salzstreuung in Parks der Stadt Wien und am Alsergrund

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

4.1.2. S 353184/2018 – FPÖ: Wien-Bonus am Alsergrund

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

4.1.3. S 353190/2018 – FPÖ: Gratis-Nachhilfe am Alsergrund

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

4.1.4. S 353195/2018 – ÖVP: Kinderfaschingsfest

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

4.1.5. S 353200/2018 – ÖVP: Wirtschaftspreis

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

4.1.6. S 353206/2018 – ÖVP: BürgerInnenrat

Die Bezirksvorsteherin teilt mit, die Anfrage schriftlich zu beantworten.

5. Resolutionen

Behandelte Resolutionen:

Die BezirksrätInnen Koberwein und Molitor-Ruckenbauer (SPÖ und Grüne) haben am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-360973/2018 - Keine Zerschlagung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA)

„Die Sicherheit am Arbeitsplatz, die Ansprüche auf Heilbehandlung, Rehabilitation, die finanzielle Unterstützung und Rentenzahlung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sind ohne die AUVA mit ihren Unfallkrankenhäusern und Reha -Zentren in Gefahr. Mehr als 400.000 Unfallopfer jährlich - auch von privaten Unfällen - werden medizinisch versorgt.

Ohne die AUVA sind diese wichtigen und notwendigen Leistungen für die Menschen nicht zu erbringen.

Die angekündigte Zerschlagung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt ist ein Frontalangriff auf die österreichische Bevölkerung und unser Gesundheits- und Sozialsystem.

Die Bezirksvertretung Alsergrund stellt sich klar auf die Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AUVA und unterstützt diese bei ihrem Protest gegen diese Pläne der Zerschlagung.

Ebenfalls begrüßt die Bezirksvertretung Alsergrund die Forderungen der Online-Petition <https://mein.aufstehn.at/petitions/die-auva-darf-nicht-zerschlagen-werden-1>).

Daher spricht sich die Bezirksvertretung Alsergrund klar dafür aus, dass die bewährten Strukturen der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt auch weiterhin erhalten bleiben und gesichert sind.“

Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Nagy (NEOS), BR Zwickelsdorfer (SPÖ), BRⁱⁿ Fuchs El. (ÖVP), BRⁱⁿ Niederseer (SPÖ), BR Freytag (Grüne), BR Krüger (FPÖ), BR Goll (Grüne), BR Mayrhofer-Grünbühel (NEOS), BRⁱⁿ Kauf (SPÖ), BR Amhof (FPÖ)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ und Grüne angenommen. (NEOS nicht im Raum)

Die BezirksrätInnen Koberwein und Molitor-Ruckenbauer (SPÖ und Grüne) haben am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-361002/2018 - Keine getrennten Deutschklassen an Alsergrunds Schulen

„Die von der Bundesregierung geplanten Deutschklassen bringen massive Einschnitte für die Kinder und die Schulen. So werden bestehende Klassen zerrissen, funktionierende Deutschkurse gekürzt bzw. abgeschafft und DirektorInnen durch hunderte zusätzliche Klassen organisatorisch vor fast unlösbare Aufgaben gestellt. Der Bund nimmt durch die überstürzte Einführung im kommenden Schuljahr den Schulleitungen die Möglichkeit, die Einteilung und Größe der Klassen selbst vorzunehmen. Sehr viele Klassen müssen in kürzester Zeit neu zusammengestellt werden.

Insgesamt hätten die Deutschklassen nicht nur gravierende Auswirkungen auf Kinder mit Förderbedarf, sondern auf alle VolksschülerInnen, denn durch die plötzliche Neuzusammenstellung von Schulklassen werden Klassengemeinschaften zerrissen. Das ist nicht nur eine Belastung für die Kinder und LehrerInnen, sondern pädagogisch sinnlos. Diverse Studien haben mehrfach belegt, dass Kinder dann erfolgreich lernen und sich eine Sprache aneignen, wenn sie ein stabiles Umfeld vorfinden. Das bedeutet konkret: die Förderung von Klassengemeinschaften, eine gute Beziehung zu den LehrerInnen, und ausreichend Ressourcen für zusätzliche Förderkurse.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich klar gegen separate Deutschklassen aus.“

Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Amhof (FPÖ), BRⁱⁿ Ahmad (SPÖ), BR Krüger (FPÖ), BVⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Kreutz (Grüne)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ und Grüne angenommen. (NEOS nicht im Raum)

Die BezirksrätInnen Molitor-Ruckenbauer und Koberwein (Grüne und SPÖ) haben am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-353451/2018, Beibehaltung der Notstandshilfe

„Es gibt einen per 12. Oktober 2017 vom Nationalrat gefassten Gesetzesbeschluss, mit dem die Anrechnung des Partnereinkommens bei der Berechnung der Notstandshilfe ab dem 1. Juli 2018 abgeschafft wird. Mit der Umsetzung dieses Gesetzes würde die Notstandshilfe reformiert und der Armut von BürgerInnen, vor allem Frauen und Kindern auch am Alsergrund nachhaltig entgegengewirkt.

Die Bundesregierung hingegen plant die Abschaffung der Notstandshilfe, die derzeit nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes bezahlt wird. Künftig sollen Arbeitssuchende nach dem Bezug des Arbeitslosengeldes nur mehr die Mindestsicherung erhalten. Von der Abschaffung der Notstandshilfe wären österreichweit im Jahresdurchschnitt fast 170.000 Menschen betroffen, in Wien über 70.000 Personen- plus deren Familien.

Die Notstandshilfe ist ein Teil der Arbeitslosenversicherung und wird von dieser bezahlt. Die Mindestsicherung ist eine Sozialleistung und wird von den Bundesländern bezahlt. Allein Wien rechnet dadurch mit zusätzlichen Kosten von über 500 Millionen Euro jährlich. Das entspricht beinahe einer Verdoppelung der bisherigen Ausgaben für die Mindestsicherung. Bürgermeister Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou haben daher eine Verfassungsklage in den Raum gestellt, sollte diese einseitige Umschichtung von Kosten erfolgen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich für die Beibehaltung der Notstandshilfe aus. Der Wiener Weg ist es, nicht die Armen, sondern die Armut zu bekämpfen, weil eine sozial polarisierte Gesellschaft Nachteile nicht nur für die Ärmsten, sondern für alle BürgerInnen bringt.“

Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Nagy (NEOS), BR Krüger (FPÖ), BR Schicker (Grüne), BRⁱⁿ Kauf (SPÖ), BRⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne, Schlusswort)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ und Grüne angenommen. (NEOS nicht im Raum)

Die Bezirksrätin Molitor-Ruckenbauer (Grüne) hat am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-361037/2018 - Verdoppelung des Radverkehrs

„Der Nutzen des Radfahrens für Gesundheit, Klimaschutz und Energieunabhängigkeit ist unbestritten. Es ist daher sehr erfreulich, dass sich die Bundesregierung insbesondere Umweltministerin Elisabeth Köstinger und Verkehrsminister Norbert Hofer, in ihrer Klimastrategie das Ziel gesetzt haben, den Anteil des Radverkehrs an allen Wegen in Österreich bis zum Jahr 2025 zu verdoppeln. Allerdings kann dieses Ziel nur mit den entsprechenden finanziellen Mitteln und Maßnahmen erreicht werden.

Mit einem Weitermachen, ähnlich wie bisher, ist eine Verdoppelung des Radverkehrsanteils auf 13% schlicht nicht möglich. Wie wir unterwegs sind, ist Gewohnheitsverhalten. Um dieses Verhalten zu ändern, braucht es starke Anreize, wie zum Beispiel den Ausbau der Radinfrastruktur und bewusstseinsbildende Kampagnen, die das Rad als Alltagsvehikel in den Mittelpunkt stellen. Wir wissen, dass ein Großteil der derzeit vorhandenen Radinfrastruktur nur von der kleinen Gruppe der sogenannten “fearless driver” – also jener Gruppe von RadfahrerInnen, die auch das Rad wählen, wenn sie Teile ihres Weges auf schmalen Mehrzweckstreifen zwischen zwei Autos zurücklegen müssen – genutzt wird. Zusätzlichen Gruppen das Radfahren zu ermöglichen, ist ein integraler Baustein im Erreichen des Ziels einer Verdoppelung des Radverkehrs. Es bedarf daher eines flächendeckenden, ausreichend breiten und in den größten Teilen vom motorisierten Individualverkehr getrennten Radwegenetzes.

Aus anderen Ländern, die bereits jetzt einen erheblich höheren Radverkehrsanteil als Österreich haben, weiß man, dass mit einem Betrag in der Größenordnung von 30€ pro EinwohnerIn und Jahr die Finanzierung einer solchen flächendeckenden, attraktiven Infrastruktur gewährleistet werden kann. In Österreich würde der entsprechende Betrag grob 300 Millionen € pro Jahr bis 2025 betragen. Dieser Betrag ist trotz der hohen Wirksamkeit im Vergleich mit anderen Infrastrukturprojekten im Mobilitätsbereich bescheiden. Beispielsweise sind derzeit für ein einziges Autobahnprojekt, welches nur wenige Kilometer Länge aufweisen soll (Stichwort: Lobautunnel) und sich noch dazu hinderlich auf die Erreichung der Klimaziele der Regierung auswirken wird, etwa 1,7 Milliarden im ASFINAG-Budget veranschlagt.

Derzeit ist für die Finanzierung dieses landesweiten, flächendeckenden und attraktiven Radwegenetzes für 13% Verkehrsanteil in den Budgets leider noch keine Vorsorge getroffen.

Die Bezirksvertretung Alsergrund begrüßt das Ziel der Bundesregierung den Radverkehr bis 2025 zu verdoppeln. Sie hält aber fest, dass zur Erreichung dieses Zieles auch die Zurverfügungstellung der notwendigen finanziellen Mittel sowie der politische Wille, die oben beschriebenen Maßnahmen umzusetzen, erforderlich sind.“

Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Name der Debattenrednerin: BRⁱⁿ Grasl (Grüne)

Beschluss:

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Bezirksrat Amhof (FPÖ) hat am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-361058/2018 - Mehr Sicherheit in der U-Bahn am Alsergrund

„Von den laut Kriminalstatistik durchschnittlich 45 Gewalttaten pro Tag in Wien, mit leider steigender Tendenz, spielen sich viele - wie die Attacke auf den früheren Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf - in der Wiener U-Bahn ab. Auch der Sohn von Ex-TV-Sportlegende Edi Finger jr. wurde grundlos am Karlsplatz auf der Rolltreppe von zwei Schwarzen zusammengeschlagen. Folge: Schädelprellung und ein Nasenbeinbruch. Dem Symphoniker und Star-Bratschisten Michael Buchmann wurde ebenfalls in der U-Bahn-Station Karlsplatz von einem Rumänen die Hand gebrochen, weil der Musiker auf das Rauchverbot hinwies.

Der bislang blutigste, brutalste und traurigste Höhepunkt dieser Entwicklung war sicherlich der Amoklauf des 23-jährigen Afghanen Jafar S. vom 7. März 2018, der mit einem Küchenmesser bewaffnet eine Arztfamilie mit Tochter, Mutter und Vater in der Praterstraße schwer verletzte und anschließend eine weitere Person in einer U-Bahnzugang attackierte.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich deshalb für mehr Sicherheit in den am Alsergrund gelegenen U-Bahnstationen aus und wünscht die Ausstattung aller in den U-Bahnzügen und U-Bahnstationen am Alsergrund patrouillieren Sicherheitsbeamten sowie der Angestellten der Wiener Linien mit stichsicheren Westen.“

Über die Resolution wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Namen der Debattenredner: BR Koberwein (SPÖ), BR Kofler (Grüne), BR Sidlo (FPÖ), BVⁱⁿ-Stv. Liebich (SPÖ), BR Freytag (Grüne), BR Linke (SPÖ), BR Amhof (FPÖ, Schlusswort)

Beschluss:

Die Resolution wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP und NEOS abgelehnt.

Die Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) hat am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-361476/2018 – Betriebsanlagengenehmigungen

„Der Wirtschaftsstandort Alsergrund ist geprägt von unzähligen Wirtschaftstreibenden von unterschiedlichen Größen. Von kleinen Ein-Personen-Unternehmen bis zu großen multinationalen Konzernen ist alles vertreten. Oft ist die Gründung einer neuen Filiale oder eines neuen Unternehmens mit einer Betriebsanlagengenehmigung verbunden. Diese Verfahren können sich oft als langwierig gestalten und sind für viele Antragssteller ohne Beistand nur schwer zu bewältigen. In diesen Verfahren werden auch nicht alle Angelegenheiten auf einmal behandelt. So sind beispielsweise für die Aufstellung eines A-Ständers vor einem Geschäftslokal, die Anbringung eines Schildes an der Hausmauer, das Ansuchen für einen Schanigarten oder andere Angelegenheiten eigene Verfahren notwendig.

Die Bezirksvertretung Alsergrund spricht sich, auch und vor allem im Interesse der Alsergrunder Unternehmen und des Alsergrunder Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandorts, für die Vereinfachung dieser Verfahren aus und dafür, dass diese Verfahren zukünftig One-Stop durchgeführt werden. Dabei darf es zu keinem Qualitätsverlust kommen, jedoch soll somit der Prozess für die UnternehmerInnen vereinfacht werden.“

Über die Resolution wird keine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Beschluss:

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Bezirksrat Nagy (NEOS) hat am 25. April 2018 folgende Resolution eingebracht:

BV-361086/2018 - Bautransportlogistik Großbaustelle „Althangrund“

„Die Alsergrunder Bezirksvertretung spricht sich für die weitgehende An- und Ablieferung sämtlicher Baumaterialien, sämtlichen Bauschuttes etc. der Großbaustelle „Althangrund“ per Eisenbahn aus.“

Über die Resolution wird keine **Debatte** begehrt. Die Verlesung der Resolution wurde begehrt.

Beschluss:

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

6. Anträge gemäß § 24 GO-BV

6.1. Anträge, die in einem Ausschuss oder einer Kommission vorberaten wurden

Kultur- und Wissenschaftskommission

Berichterstatterin: BRⁱⁿ Brigitte Niederseer, MBA MSc

BV-152871/2018, Benennung Gemeindebau Wasagasse 28 nach Ari Rath - SPÖ

„Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, den Gemeindebau in der Wasagasse 28 nach Ari Rath zu benennen.

In formaler Hinsicht wird die Zuweisung an die Kulturkommission beantragt.“

Der Antrag wurde von der SPÖ zurückgezogen.

BV-153564/2018, Benennung einer Grünfläche nach Ari Rath inklusive Gedenktafel - Grüne

„Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen magistratischen Dienststellen, die begrünte Fläche vor den Häusern Liechtensteinstraße 42 bis 46A nach Ari Rath (6. 1. 1925 – 13. 1. 2017), einem der bekanntesten Opfer der Shoa aus dem Alsergrund, zu benennen.



Weiteres soll eine erklärende Gedenktafel am zukünftigen Ari-Rath-Platz angebracht werden, die an die „Beserlparkgruppe“ erinnert und deren Text folgendes enthalten soll:

Ari Rath, Lilly Capek, Ralph Sanders (früher Herbert Steiner), Felice Schragger, Eva Schwacz und David (früher Pauli) Singer waren SchülerInnen des Wasagymnasiums und trafen sich in ihrer Schulzeit gerne im Liechtensteinpark. Mit der Verordnung des Wiener Polizeipräsidenten über die Benützung öffentlicher Parkanlagen für Jüdinnen und Juden vom 5. August 1938 wurde ihnen dies verboten. Von nun an mussten sie sich auf der Grünfläche vor den Häusern Liechtensteinstraße 42 bis 46A treffen. Nachdem diese Grünfläche bei ihnen „Beserlpark beim Lycée“ hieß, nannten sich die Freunde von da an die Beserlparkgruppe. Durch glückliche Fügung konnte alle sechs Freunde die Shoa überleben, allerdings auf die Länder Israel, Großbritannien und die USA verstreut. Im März 2006 kam die gesamte Beserlparkgruppe mit Unterstützung des Jewish Welcome Services und des Vereins Servitengasse 1938 wieder zusammen.



Die Beserlparkgruppe beim Wiedersehen 2016

In formaler Hinsicht wird die Zuweisung an die Kulturkommission beantragt.“

Der Antrag wird der Bezirksvertretung einstimmig zur Annahme empfohlen.

Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

6.2. Folgender Antrag, der nach Ablauf der im § 24 Abs. 2 GO-BV genannten Frist bei der Bezirksvorsteherin eingelangt ist, wurde auf Verlangen der AntragstellerInnen mit Zustimmung der Bezirksvertretung zur Behandlung in der Sitzung zugelassen:

a) BV-361017/2018 – Bäume für den Alsergrund

Die Behandlung des Antrages erfolgt im Anschluss an die Behandlung der fristgerecht eingebrachten Anträge.

6.3. Behandelte Anträge:

Die BezirksrätInnen Koberwein, Molitor-Ruckenbauer, Amhof, Fuchs EI. und Nagy (SPÖ, Grüne, FPÖ, ÖVP und NEOS) haben am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353456/2018, Sicherstellung öffentlicher Durchgang Gerda Matejka-Felden-Park

„Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, ehestbaldig die öffentliche Durchwegung des Gerda Matejka-Felden-Parks in der Widmung sicherzustellen oder zumindest eine grundbücherliche Eintragung des öffentlichen Wegerechts in einer Mindestbreite von 6 m zu erwirken.“

Über den Antrag wird eine Debatte begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Die Bezirksräte Doubek und Sidlo verlassen die Sitzung um 19:30 Uhr.

Namen der DebattenrederInnen: BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BR Nagy (NEOS)

Beschluss:

Der **Antrag** wird einstimmig angenommen.

Der Bezirksrat Koberwein (SPÖ) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353469/2018, Bewilligung der Standorte der Zeitungsentnahmeboxen

„Die Magistratsabteilung 46 für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten wird ersucht, die Bewilligungen für die Standorte der Zeitungsentnahmeboxen weiterhin nur für ein Jahr zu erteilen und die einzelnen Bewilligungen vor einer weiteren Genehmigung einer kritischen Prüfung zu unterziehen.“

Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Namen der Debattenredner: BR Amhof (FPÖ), BR Zwickelsdorfer (SPÖ), BR Freytag (Grüne)

Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne und NEOS angenommen.

Die BezirksrätInnen Molitor-Ruckenbauer und Koberwein (Grüne und SPÖ) haben am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

Betrifft: BV-353471/2018, Öffentlicher Durchgang in Flächenwidmung lt. Plan Nr. 8149

„Die zuständige Vizebürgermeisterin und Stadträtin Mag.a Maria Vassilakou wird ersucht die Magistratsabteilung 21 zu beauftragen, im Zuge der weiteren Ausarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Areal zwischen Widerhofergasse, Nußdorfer Straße, Alserbachstraße, Boltzmannngasse, Linienzug a-b und Widerhoferplatz laut Plan Nr. 8149 die Errichtung öffentlicher Durchgänge und Durchwegungen sowohl in Ost-West Richtung als auch zusätzlich in Nord-Süd Richtung zwischen Strudlhofgasse (ONr 5 - 7), Boltzmannngasse (ONr 9 - 9a), Widerhoferplatz und Alserbachstraße (ONr 4 – 4a) vorzusehen.“

Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Name des Debattenredners: BR Nagy (NEOS, Abstimmung)

Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne und FPÖ angenommen.

Die Bezirksrätin Molitor-Ruckenbauer (Grüne) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353472/2018, Kein Salz in Parks und nahe von Baumscheiben!

„Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht, ab der kommenden Wintersaison die Streuung von Steinsalz (NaCl - Natriumchlorid) entsprechend der Winterdienstverordnung im Nahbereich von Parks und von Baumscheiben (bis zu 10 m Entfernung) am Alsergrund und in der gesamten Stadt ausnahmslos zu unterlassen und stattdessen alternative Streumittel im Fall von Glatteisgefahr zu verwenden.“

Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Beschluss:

Der **Antrag** wird einstimmig angenommen.

Der Bezirksrat Amhof (FPÖ) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353476/2018, Motorradparken in der Nußdorfer Straße

„Die zuständigen Dienststellen des Wiener Magistrats werden ersucht, in der Nußdorfer Straße stadtauswärts bei der Ecke zur Latschkagasse ein „Halteverbot, ausgenommen einspurige KFZ“ im Ausmaß von 8 Metern auf dem in der beigefügten Karte als ideal bezeichneten Standort ganzjährig zu verordnen. Ist dies nicht möglich, so sollte am als alternativ bezeichneten Standort ein Motorradparkplatz eingerichtet werden.“



Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Name des Debattenredners: BR Koberwein (SPÖ, Abstimmung)

Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne und ÖVP abgelehnt.

Der Bezirksrat Amhof (FPÖ) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353479/2018, Anrainerparken in der Althanstraße

„Die zuständigen Dienststellen des Wiener Magistrats werden ersucht, für das zwischen Althanstraße, Alserbachstraße und Liechtensteinstraße gelegene Gebiet eine Anrainerparkzone in der Althanstraße im Ausmaß von zumindest 10% der im Gebiet vorhandenen Stellplätze zu verordnen.“

Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Namen der Debattenredner: BR Koberwein (SPÖ), BR Amhof (FPÖ, Schlusswort)

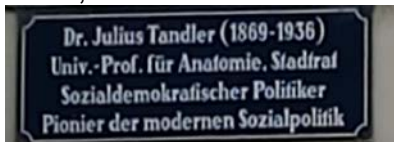
Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne und ÖVP abgelehnt.

Der Bezirksrat Amhof (FPÖ) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353480/2018, Erklärungstafeln Julius-Tandler-Platz

„Die Bezirksvertretung Alsergrund ersucht die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien, die Zusatztafel am Julius-Tandler-Platz mit dem Wortlaut



zu entfernen und alle Straßentafeln des Julius-Tandler-Platzes rechtzeitig vor dem Erinnerungsjahr 2019 mit Erklärungstafeln folgenden Wortlauts zu versehen:

Dr. Julius Tandler (1869 – 1936)
Arzt, sozialdemokratischer Stadtrat
schlagender Verbindungsstudent, Freimaurer
Vertreter der linken Eugenik

Die Sache wird der Kulturkommission zur Bearbeitung zugewiesen.“

Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Namen der Debattenredner: BR Koberwein (SPÖ, Abstimmung), BR Krüger (FPÖ), BR Amhof (FPÖ, Schlusswort)

Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, ÖVP und NEOS abgelehnt.

Die Bezirksrätin Fuchs El. (ÖVP) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-353494/2018, Hinweistafel, Kreuz Liechtensteinstraße

„Die zuständigen magistratischen Dienststellen werden ersucht zu prüfen, ob eine Anbringung einer Informationstafel betreffend der historischen Bedeutung des eingelassenen Kreuzes, in der Grundstückmauer des Palais Liechtenstein (Höhe Pasteurgasse), möglich ist. In formeller Hinsicht wird dieser Antrag der Kulturkommission zugewiesen.“

Über den Antrag wird keine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Beschluss:

Der **Antrag** wird einstimmig angenommen.

Die Bezirksrätin Molitor-Ruckenbauer (Grüne) hat am 25. April 2018 folgenden Antrag gemäß § 24 GO-BV eingebracht:

BV-361017/2018, Bäume für den Alsergrund

„Die Bezirksvorsteherin wird ersucht, sich dafür einsetzen, dass zum Ausgleich für die negativen Auswirkungen auf den Urban-Heat-Island-Effekt, mindestens doppelt so viele Bäume neu gepflanzt werden wie im vergangenen Jahr im Bezirk gefällt wurden.“

Über den Antrag wird eine **Debatte** begehrt. Die Verlesung des Antrages wurde begehrt.

Namen der DebattenrednerInnen: BR Brenner (FPÖ), BRⁱⁿ Schmid (Grüne), BR Amhof (FPÖ), BR Koppe (Grüne), BRⁱⁿ Lugert (ÖVP), BRⁱⁿ Molitor-Ruckenbauer (Grüne, Schlusswort)

Beschluss:

Der **Antrag** wird mehrheitlich mit den Stimmen der Parteien SPÖ, Grüne, NEOS und 1 Stimme der FPÖ angenommen.

Folgende **Anträge** wurden von der/dem Antragsteller/in **zurückgezogen**:

a) Bezirksrätin Molitor-Ruckenbauer (Grüne)

BV-360726/2018, Fahrradständer in der Parkspur Liechtensteinstraße oder Boltzmannngasse

b) Bezirksrätin Fuchs EI. (ÖVP)

BV-353493/2018, Sicherheitsrisiko Schanigarten Servitengasse 3

c) Bezirksrat Nagy (NEOS)

BV-360740/2018, Erweiterung der Fahrradabstellanlage Otto-Wagner-Platz gegenüber ONr. 4a

(Ende der Sitzung um 20:45 Uhr)

Der Vorsitzende der Bezirksvertretung: BR DI Christian Kaizar e.h.

Der Bezirksrat: BVⁱⁿ-Stv. Mag. Thomas Liebich e.h.

Der Protokollführer: Rafael Schwarz e.h.